

# Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	17.09.2012

## **Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) zur umsatzsteuerlichen Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand und Umsatzbesteuerung interkommunaler Kooperationen**

Die Verwaltung hatte den Finanzausschuss im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung am 26.03.2012 (Vorlagen-Nr. 1114/2012) sowie einer Mitteilung in der Sitzung am 14.05.2012 (Vorlagen-Nr. 1723/2012) über die Inhalte der Entscheidung des BFH vom 10.11.2011 (Az. V R 41/10) und die Auswirkungen auf die öffentliche Hand unterrichtet.

Ergänzend hierzu legt die Verwaltung beigefügt ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen zu dieser Thematik vor. Die Stellungnahme macht insbesondere die Auswirkungen dieser Rechtsprechung auf viele Formen interkommunaler Zusammenarbeit deutlich.

Der Finanzausschuss wird um Stellungnahme gebeten.

**Gez. Klug**